



Kooperationsvereinbarung

**zwischen dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg und dem
Zentrum Informationsarbeit Bundeswehr
Bereich Öffentlichkeitsarbeit Bundeswehr -
Fachbereich Region Ost**

I.

Das Grundgesetz umfasst gleichermaßen Friedensgebot wie Verteidigungsbereitschaft. Für eine demokratische Gesellschaft sind daher das Wissen und die Fähigkeit, sich auch mit diesen Themen kritisch auseinanderzusetzen und ein individuelles Sach- und Werturteil bilden zu können, essentiell. Die diskursive Auseinandersetzung mit Frieden und Krieg sowie mit Fragen der Sicherheitspolitik im Sinne der politischen Bildung zielt auf Mündigkeit, Partizipation und den Erwerb von Demokratiekompetenz.

Hierbei leistet auch die Bundeswehr einen wichtigen Beitrag. Deren Öffentlichkeitsarbeit basiert auf der verfassungsrechtlichen Verpflichtung zur Information der Bürgerinnen und Bürger und damit auch der jungen Generation. Jugendoffizierinnen und Jugendoffiziere sind einer der wichtigsten Träger dieses Auftrags. Sie betreiben keine Nachwuchswerbung. Vielmehr nehmen sie Stellung zu sicherheitspolitischen Grundsatzfragen im Sinne der auf dem Grundgesetz basierenden, wertorientierten Friedens- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Die Einbindung Deutschlands in Bündnisse sowie der deutsche Beitrag zur internationalen Krisenvorsorge, Konfliktverhütung und Konfliktbewältigung sind wesentliche Bestandteile der Informationsangebote der Jugendoffizierinnen und Jugendoffiziere.

Angesichts aktueller internationaler Krisen und Konflikte ist es wichtig, Fragen und Informationsbedarfe junger Menschen ernst zu nehmen und ihnen eine altersangemessene, sachliche und vielseitige Auseinandersetzung mit Sicherheitspolitik zu ermöglichen. Leitbild der Arbeit der Jugendoffizierinnen und Jugendoffiziere ist die demokratische und gesellschaftlich friedensstiftende Idee der Staatsbürgerin beziehungsweise des Staatsbürgers in Uniform. Sie fühlen sich im Rahmen der politischen Bildung den Grundsätzen des Beutelsbacher Konsenses, insbesondere dem Überwältigungsverbot, dem Kontroversitätsgebot und der Teilnehmenden- beziehungsweise Zielgruppenorientierung im Sinne einer Befähigung zur Analyse und eigenständigen Meinungsbildung, verpflichtet.

Friedensbildung als Teil der politischen Bildung vermittelt Kompetenzen, zivile und militärische Konfliktbearbeitung aktiv und kritisch zu betrachten. Jugendoffizierinnen und Jugendoffiziere vermitteln als praxisnahe Referentinnen und Referenten die Herausforderungen einer bündnisorientierten Sicherheitspolitik und orientieren sich dabei an den Bedarfen und Lernbedingungen der jeweiligen Zielgruppen.

II.

Vor diesem Hintergrund schließen wir diese Kooperationsvereinbarung. Wir festigen und unterstreichen damit unsere Zusammenarbeit und wollen einen gemeinsamen Beitrag leisten, Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte bei der diskursiven Auseinandersetzung mit sicherheitspolitischen Fragestellungen zu unterstützen.

Die Jugendoffizierinnen und Jugendoffiziere für Brandenburg können, wie auch Vertreterinnen und Vertreter anderer Vereinigungen und Institutionen, im Kontext einer inhaltlichen Anknüpfung an schulische Vorgaben, Rahmenlehrpläne, schulinterne Curricula sowie die aktuelle Unterrichtsgestaltung vor Ort durch die Schulen als externe Referentinnen und Referenten für Sicherheitspolitik eingeladen werden.

Die Schulen in Brandenburg entscheiden eigenverantwortlich und freiwillig, ob und wie sie die Bildungsangebote der Jugendoffizierinnen und Jugendoffiziere nutzen. Die Entscheidung über Art, Umfang und konkrete Ausgestaltung der Zusammenarbeit obliegt den Schulen im Rahmen ihrer pädagogischen Verantwortung.

Es besteht Einigkeit über die Bedeutung und Qualitätserfordernisse guten Unterrichts, der authentisch und dialogisch über aktuelle Kernfragen der Zeit oder der Wissenschaften informiert. Begegnungen mit Zeitzeugen und Vertreterinnen und Vertretern wichtiger Einrichtungen und Organisationen werden nachhaltig unterstützt.

Die Schule trägt die Verantwortung für die didaktische und methodische Einbettung der Angebote auf der Grundlage sachgerechter Informationen und der Vermittlung pluraler Standpunkte, zu denen sich beide Kooperationspartner verpflichten.

Auch zu Fragen der Friedens- und Sicherheitspolitik ist die Breite verschiedener gesellschaftlicher Positionen im Unterricht abzubilden. Sämtliche Vorhaben werden nach den Grundsätzen der vertrauensvollen Zusammenarbeit und Partizipation ausgestaltet.

Die Jugendoffizierinnen und Jugendoffiziere in Brandenburg können mit ihren Angeboten die Schulen bei der Erfüllung ihres Bildungs- und Erziehungsauftrags unterstützen, indem sie Informationen zu Zielen, Strategien und möglichen Beiträgen deutscher Außen- und Sicherheitspolitik, zur globalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung zur Diskussion stellen sowie die nationalen und europäischen Sicherheitsinteressen thematisieren.

Die Bundeswehr stellt sicher, dass das Informationsangebot und die übermittelten Inhalte altersgerecht, objektiv und frei von Indoktrination sowie geeignet sind, den Blick für andere Nationen, Religionen und Weltanschauungen zu öffnen. Ziel ist es, Schülerinnen und Schüler zu befähigen und zu motivieren, sich an Erörterungen und kontroversen Diskussionen über Möglichkeiten der Friedenssicherung aktiv zu beteiligen.

Hierbei werden die allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufen I und II und die beruflichen Schulen einbezogen. Darüber hinaus steht das Informationsangebot auch den für Aus-, Fort- und Weiterbildung zuständigen Einrichtungen und Strukturen des Landes Brandenburg zur Verfügung.

Der Beitrag zur politischen Bildung findet in allen Bereichen in Form von Gesprächen, Diskussionen, Seminaren, Vorträgen oder Podiumsdiskussionen statt. Hierzu können insbesondere themenorientierte Informationsvorträge im Unterricht, sicherheitspolitische Informationsseminare an geeigneten

Seminarorten oder Tagungsstätten, das interaktive Planspiel „Politik und internationale Sicherheit“ (Pol&IS), projektgebundene Besuche von Bundeswehrstandorten im Rahmen der politischen Bildung und ohne werbenden Charakter, die fachliche Begleitung von Seminar- oder Facharbeiten mit sicherheitspolitischem Bezug sowie die Bereitstellung themenspezifischen Informationsmaterials und Unterstützung bei Literaturrecherchen gehören.

Dabei werden transparente und nachvollziehbare Informationen zur globalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung genauso wie Informationen zu nationalen Interessen einzubeziehen sein.

Das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg übernimmt keine Haftung für Inhalte des übermittelten Informationsangebotes. Die Bundeswehr stellt sicher, dass durch die Übermittlung des Informationsangebotes keine Rechte Dritter verletzt werden oder gegen gesetzliche Bestimmungen verstoßen wird.

Der Einsatz der Jugendoffizierinnen und Jugendoffiziere ist für die Bildungseinrichtungen kostenfrei. Grundsätzlich trägt jeder Kooperationspartner die bei ihm in Umsetzung dieser Kooperationsvereinbarung entstehenden Kosten selbst, soweit zwischen den Beteiligten keine andere Regelung getroffen wird.

Eine Unterstützung von Seminarangeboten erfolgt im Rahmen der jeweils geltenden rechtlichen, haushälterischen und dienstlichen Vorgaben sowie verfügbarer Ressourcen. Art und Umfang werden im Einzelfall durch die zuständige Stelle der Bundeswehr, für den Fachbereich Region Ost durch die Fachbereichsleitung Region Ost, geprüft und entschieden.

Auf dieser Grundlage unterstreichen wir:

- Den Nutzen der Zusammenarbeit im Rahmen der politischen Bildung im Bereich der Sicherheitspolitik entsprechend den Vorgaben der Verfassung, des Schulrechts des Landes Brandenburg und des Beutelsbacher Konsenses.
- Die Selbstständigkeit der Schulen in der Entscheidung für eine Zusammenarbeit mit Jugendoffizierinnen und Jugendoffizieren sowie der Wahl der geeigneten Veranstaltungsformen.
- Die Freiwilligkeit der Schulen bei der Nutzung der Bildungsangebote der Jugendoffizierinnen und Jugendoffiziere.
- Eine hohe Bereitschaft der Einbindung der Jugendoffizierinnen und Jugendoffiziere in die Aus- und Fortbildung von Lehrkräften im Vorbereitungsdienst sowie von Lehrkräften in Zusammenarbeit mit den hierfür zuständigen Einrichtungen und Strukturen des Landes Brandenburg.
- Interessierten Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärtern sowie Lehrkräften können spezifische Fort- und Weiterbildungsangebote zur Friedens- und Sicherheitspolitik zur Verfügung gestellt werden.
- Die Möglichkeit der Teilnahme von Lehrkräften und Bediensteten des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg und seiner nachgeordneten Bereiche bei Aus-, Fort- und Weiterbildungen im Rahmen von Seminaren zur Sicherheitspolitik der Bundeswehr und von Besuchen ihrer Einrichtungen.

Darüber hinaus vereinbaren wir:

- Die Vermittlung und Erörterung von sicherheitspolitischen Informationen, die für Deutschlands Sicherheit und Wohlergehen entscheidend sind, und die daraus für die Politik folgenden Konsequenzen. Diese wichtigen Kenntnisse sollen zur kritisch-konstruktiven Reflexion der

Schülerinnen und Schüler anregen und mithin dazu beitragen, dass die Schülerinnen und Schüler als mündige Bürgerin beziehungsweise mündiger Bürger politische Entscheidungen bewerten oder selbst fällen können. Die Jugendoffizierinnen und Jugendoffiziere sind daher Partner der Schulen im Rahmen der politischen Bildung.

- Die Bildungsangebote der Jugendoffizierinnen und Jugendoffiziere sollen Schülerinnen und Schüler insbesondere dazu befähigen, internationale Zusammenarbeit, Entstehung und Hintergründe internationaler Konflikte sowie die zur Friedenssicherung, Konfliktverhütung und Krisenbewältigung möglichen und notwendigen Instrumente der Politik differenziert zu analysieren.
- Das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg unterstützt die Bekanntmachung der Bildungsangebote der Jugendoffizierinnen und Jugendoffiziere über geeignete eigene Kommunikationsformate und Kommunikationswege sowie dazugehörige Online-Auftritte.
- Die Jugendoffizierinnen und Jugendoffiziere erhalten die Möglichkeit, ihre Bildungsangebote in geeigneten Formaten gegenüber staatlichen Schulämtern beziehungsweise weiteren nachgeordneten Bereichen vorzustellen.
- Das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg kann die Jugendoffizierinnen und Jugendoffiziere zu thematisch relevanten Bildungsveranstaltungen einladen und Vernetzungen mit weiteren Partnern, insbesondere im Bereich politischer Bildung und Erwachsenenbildung, ermöglichen.
- Eine jährliche, schriftliche Berichterstattung der Jugendoffizierinnen und Jugendoffiziere an das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg über deren Wirken in Brandenburg.
- Die statistische Auswertung zur Inanspruchnahme der Bildungsangebote der Jugendoffizierinnen und Jugendoffiziere an Brandenburger Schulen ist Bestandteil der Evaluation.
- Mindestens jährliche Gespräche der Jugendoffizierinnen und Jugendoffiziere mit Vertreterinnen und Vertretern des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg zur Weiterentwicklung und Vertiefung der Zusammenarbeit.
- Diese Gespräche können als Werkstatt- und Entwicklungsgespräche ausgestaltet werden. Dabei können nach Bedarf weitere Kooperationspartner einbezogen werden.
- Die regelmäßige Möglichkeit für Jugendoffizierinnen und Jugendoffiziere, sich und ihr Angebot persönlich und in Abstimmung mit verantwortlichen Vertreterinnen und Vertretern einem geeigneten Forum auf Leitungsebene des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg und seiner nachgeordneten Bereiche zu präsentieren.

In die Kooperation werden die nachgeordneten Bereiche des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg sowie auf Seiten der Bundeswehr das Zentrum Informationsarbeit Bundeswehr – Bereich Öffentlichkeitsarbeit Bundeswehr mit dem Fachbereich Region Ost einbezogen.

Das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg benennt gegenüber der Bundeswehr eine zuständige Organisationseinheit und eine regelmäßige Ansprechperson.

Auf Arbeitsebene ist die Bezirksjugendoffizierin beziehungsweise der Bezirksjugendoffizier Potsdam direkte Ansprechpartnerin beziehungsweise direkter Ansprechpartner für das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg. Die fachliche und truppendienstliche Steuerung der Jugendoffizierinnen und Jugendoffiziere erfolgt durch das Zentrum Informationsarbeit Bundeswehr – Bereich Öffentlichkeitsarbeit Bundeswehr mit dem Fachbereich Region Ost.

Über Änderungen der zuständigen Organisationseinheiten und Ansprechpersonen unterrichten sich die Vereinbarungspartner gegenseitig.

Die Kooperationsvereinbarung tritt mit Unterzeichnung in Kraft.

Potsdam, den 15. Juni 2026

Gordon Hoffmann
Minister für Bildung, Jugend und Sport
des Landes Brandenburg

Nikolas Scholtka
Oberst
Kommandeur Landeskommando
Brandenburg

Sebastian Nothing
Major
Fachbereichsleiter Ost
Zentrum Informationsarbeit
Bundeswehr